Bergkarabach

Scholz wirbt für Friedensprozess zwischen Aserbaidschan und Armenien

Noch im Oktober soll es zwischen Armenien und Aserbaidschan zu einem Treffen kommen, sagte EU-Ratspräsident Michel. Auch Olaf Scholz fordert einen "ernsthaften Versuch".

5. Oktober 2023, 23:00 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, akm

Ist Frieden möglich? Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion streiten Armenien und Aserbaidschan um die Region Bergkarabach. Diese gehört völkerrechtlich zu Aserbaidschan, es lebten dort bisher aber überwiegend ethnische Armenier. © Stringer/Getty Images

Bundeskanzler Olaf Scholz hofft auf den Start eines Friedensprozesses zwischen Aserbaidschan und Armenien. Man unterstütze EU-Ratspräsident Charles Michel dabei, schnell Gespräche zwischen beiden Ländern zu organisieren, sagte der SPD-Politiker am Rande des Europa-Gipfels in der südspanischen Stadt Granada. Er forderte

den "ernsthaften Versuch, (...) dafür zu sorgen, dass ein dauerhafter Frieden gesichert werden kann zwischen Aserbaidschan und Armenien", idealerweise noch in diesem Jahr.

Ziel sei, vielleicht noch in diesem Jahr einen dauerhaften Friedensprozess zu etablieren, der auch Vereinbarungen zu einem Ausschluss von militärischer Gewalt und der Besetzung von Land enthalte.

Zuvor hatte Michel Gespräche zwischen Armenien und Aserbaidschan zum Abbau der Spannungen in Bergkarabach angekündigt. Er wolle beide Staatenlenker bis Ende Oktober zu einem Treffen in Brüssel einladen, sagte Michel der Nachrichtenagentur AFP.

Ursprünglich war geplant gewesen, den aserbaidschanischen Präsidenten Ilcham Alijew und Armeniens Regierungschef Nikol Paschinjan bereits in Granada an einen Tisch zu bringen. Alijew verweigerte sich dem aber – nach Angaben der aserbaidschanischen Nachrichtenagentur APA wegen der "antiaserbaidschanischen Stimmung" der übrigen Gipfelteilnehmer. Scholz, der französische Präsident Emmanuel Macron, Michel und Paschinjan trafen sich deswegen allein am Rande des Europa-Gipfels.

EU-Hilfen werden verdoppelt

Die beiden Kaukasusrepubliken Armenien und Aserbaidschan sind verfeindet. Aserbaidschan hatte am 19. September eine groß angelegte Militäroffensive in der überwiegend von Armeniern bewohnten Kaukasusregion Bergkarabach gestartet. Bereits einen Tag später erklärten die dortigen proarmenischen Kämpfer ihre Kapitulation. Später wurde die Auflösung der selbst ernannten Republik Bergkarabach zum 1. Januar 2024 verkündet.

In einer gemeinsamen Erklärung von Scholz, Macron, Paschinjan und Michel hieß es, die Flüchtlinge müssten die Freiheit haben, ihr Recht auf Rückkehr in ihre Heimat und ihre Häuser auszuüben. Dies müsse bedingungslos und unter internationaler Überwachung sein. Die vier Spitzenpolitiker waren sich demnach zudem einig, dass Armenien angesichts des Zustroms von Karabach-Armeniern zusätzliche humanitäre Hilfe geleistet werden müsse.

Die EU hatte bereits kurz zuvor angekündigt, die humanitäre Hilfe für die Leidtragenden des Konflikts um die Kaukasusregion Bergkarabach zu verdoppeln. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, dass der bisherige Betrag von

5,2 Millionen Euro auf 10,4 Millionen Euro aufgestockt werde. Außerdem sollen 15 Millionen Euro Soforthilfe in den armenischen Haushalt fließen.

Bergkarabach gehört völkerrechtlich zu Aserbaidschan, es lebten dort bisher aber überwiegend ethnische Armenier. Inzwischen sind fast alle der vormals rund 120.000 armenischen Bewohner der Region nach Armenien geflüchtet. Bergkarabach hatte sich 1991 nach einem Referendum für unabhängig erklärt. Dieses wurde international nicht anerkannt und von der aserbaidschanischen Minderheit boykottiert.